

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernward, Verwalter, Redakteur: im Ausg. Handeltst.: Carl Meich, Berlin. Druck: Manuscripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beifügt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagspreis-Zentrale Ullstein, Amt Dabitz (A 7) 360-369, für den Fernverkehr Amt Dabitz 308-309. Telegramm-Adress: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 660.

Wirtschaft und Staat am Scheidewege

Professor Schmalenbachs Feststellungen

Die „Vossische Zeitung“ hat in ihrer heutigen Morgenausgabe Ausführungen Professor Dr. Schmalenbachs veröffentlicht, deren eminente Bedeutung nicht allein auf wirtschaftlichem Gebiet liegt. Das Bild der Entwicklung und augenblicklichen Lage der deutschen Wirtschaft, das Schmalenbach gezeichnet hat, ist nach der rein wirtschaftlichen Seite so zutreffend und lässend, daß kaum ein denkender Mensch seiner Richtigkeit, im ganzen genommen, wird widersprechen können. Ob dabei die Wechselablenkung oder die Bewertung der einzelnen bestimmenden Faktoren in jeder Einzelheit Zustimmung findet oder nicht, bleibt gegenüber der Erkenntnis belanglos, daß hier ein Wirtschaftler, dessen Kompetenz zur Urteilsfähigkeit wohl unbestritten ist, mit klarer und bestechender Klarheit ausspricht: Die deutsche Wirtschaft geht aus der Freiheit, die ihr das 19. Jahrhundert schenkte, unumkehrlich zu neuen Formen, zu den Formen der Gebundenheit über.

Dieser Erkenntnis gegenüber hilft kein Erbrechen, hilft kein nach so wehmütiger Mühsal auf vergangene und weitere Freiheit. Rückblick ist ausgeschlossen! Und dem Unmöglichen nachzutraumern, heißt das Mögliche und Notwendige vernachlässigen. Ebenso unangebracht ist Unstille — und hier beginnt die politische Behandlung der Ausfahrungen Schmalenbachs — ist eher der Versuch, aus der Interessenlage des Faktors der Wirtschaft heraus, dessen Bedeutung, wie Schmalenbach an der Hand seiner Theorie über den Anteil der freien Stellen nachweist, für die Produktion immer geringer wird, aus den Interessenmängeln des Faktors der Lohnempfänger im weitesten Sinne heraus, die Anfänge zu einer lebensfähigen, gebundenen Wirtschaft, die jetzt bereits, überdient nach den den langjährigsten, bei Schmalenbach schildert, vorhanden ist zu verlangen zu wollen.

Die Aufgabe, die aus den Erkenntnissen Schmalenbachs ergibt, ist: Die Überlegung der Wirtschaft, die ihren Weg zu sehen beginnt und bisher, leidend und vielfach irrend ihren Weg zu gehen versucht, muß erlöst werden durch eine staatspolitische Basis, die nicht nur Wirkungslosigkeit für die Wirtschaft hat, sondern auch in weit höherem Maße als bisher die Einhaltung der Pflichten der Wirtschaft übernahm. Schmalenbach selbst findet hierfür die Formulierung: „So genau nicht, daß die gegen jegliche förmliche Überzeugung eingestellten Ansprüche der Parteien diese der Natur der Dinge entsprechende Gestaltung der Dinge auf die Dauer etwas ändern.“

Aber Schmalenbach sieht, in diesem Augenblick von seinem Standpunkt aus vielleicht nicht mit Unrecht — den Staat in einer Form, die, wenn dieser Vergleich erlaubt ist, ebenfalls genügend und auch viel, wie es die Form der freien Wirtschaft des 19. Jahrhunderts gewesen ist. Wenn das Wort, daß die Wirtschaft der Staat ist, falsch ist — und jeder

der staatspolitisch zu denken vermag, müßte das zugeben — dann ist vielleicht richtiger das Wort, daß der Staat die Wirtschaft ist, vorausgesetzt allerdings, daß jeder Staat die Folgen seiner Zeit versteht und das, was kommen muß, sich nicht über den Kopf wackeln läßt, sondern die Entwicklung erkennt, die Dinge formt und mit diesen Dingen sich stellt.

Die Parole heißt heute: Die Wirtschaft steht am Scheidewege; und da die Wirtschaft nicht ohne den Staat, der Staat nicht ohne die Wirtschaft existieren kann, steht auch der Staat am Scheidewege, an dem es nur einen Richtungsapfel geben kann: Eine Zurückwärts zu schauen, und ohne Sentimentalität die neue Entwicklung erkennen und sie formen.
F. W. v. Oo.

Minister-Anklage in Belgrad

Verhärfung der innerpolitischen Krisis in Jugoslawien

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

* Belgrad, 1. Juni

Die kürzlich demostrierte Reaktion, die den Kern der Opposition gegen die radikale Parlamentaristik bildet, hat in einer gestern abend abgehaltenen Sitzung beschlossen, ihre Opposition gegen die Regierung weiter zu verstärken. Zunächst soll in der Hauptstadt ein Aufrufaktion gegen den Innenminister Korošić eingelegt werden; der für die künftigen Ereignisse in Belgrad mit anderen Mitgliedern verantwortlich gemacht wird. Die Schlußfaktoren der Opposition, die am gestrigen Abend in Belgrad stattfand, sind: Die Regierung soll sich verpflichten, die Verantwortung für die Ereignisse in der Hauptstadt zu übernehmen und die Angelegenheiten der Regierung zu klären. Die Sitzung wurde schließlich geschlossen.

Die radikale Partei hielt ebenfalls gestern abend eine Sitzung ab, in der Ministerpräsident Wukitchewitsch die Verantwortung für die Ereignisse übernahm und erklärte, daß die Angelegenheiten der Regierung durch die letzten Ereignisse nicht vorwärtskommen könnten. Er versprach, daß die Finanzminister, der am gestrigen Abend in Belgrad war, die letzten Ereignisse seiner Verhandlungen nicht unklar lassen werden. Nach längerer Debatte beschloß die radikale Partei mit allen gegen zehn Stimmen, der Regierung das Vertrauen auszusprechen. Auch die beiden anderen Parteien der Regierungskoalition, die Demokraten und die slowenische Volkspartei, haben gestern der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen. Durch diese Vertrauensvoten erlischt die Lage der Regierung gefestigt.

whc London, 1. Juni

Während die offiziellen Londoner Blätter sich bemühen, den italienisch-jugoslawischen Konflikt zurückhaltend zu behandeln und die Konfliktmöglichkeiten zu bagatelisieren, betont der „Daily Express“ den ersten Charakter der gegenwärtigen Lage. Er meint, daß England in Rom und Belgrad einen klaren Schritt unternehmen habe, um beide Länder vor den Gefahren einer kriegerischen Zuspaltung der Lage zu warnen. Rom und Belgrad sollen in energiegelassenen Worten scharfe Forderungen bezüglich Sachdenkungen und Entschädigung für das beschlagnahmte italienische Eigentum in Jugoslawien und für das jugoslawische Eigentum in Italien bei den letzten Demonstrationen und Unruhen gestellt

haben. Der „Times“-Korrespondent in Belgrad gibt zu, daß wenn auch die Regierung bemüht ist, scharfe Formulierungen in ihren Forderungen zu vermeiden, eine Explosion, die jeden Augenblick erfolgen könne, den besten Willen, zu friedlichen Ergebnissen der Verhandlungen zu gelangen, zerschellen könne.

Tschang Tso Ein übergibt Peking

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

E. v. S. Peking, 1. Juni

Die Befehle von Peking durch die Gestruppen im Norden sind eine Frage von Tagen, vielleicht auch nur von Stunden. Tschang Tso Ein befindet sich zwar augenblicklich noch in Peking, tritt aber bereits alle Vorbereitungen zu einer friedlichen Übergabe der Stadt an die Gestruppen unter General Frenckh an. Seine Partei umschließt mit Tschang Tso Ein dem diplomatischen Kurs die Lage erklären und erneut Botschaften an die Fremden garantieren. Die Verhandlungsgespräche verlaufen jetzt unweit des südbelastigen Peking.

Du sollst italienisch beten!

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

w Mailand, 1. Juni

Die italienische Regierung hat in Südtirol einseitig stufenweise die Erteilung des Religionsunterrichts in italienischer Sprache angeordnet. Dieser hat sich dieses Jahr in fast allen Klassen nach der heftigen Sprache geäußert worden, während der italienische Unterricht schon von der 2. Klasse an völlig italienisch war. Gleichzeitig wird verfügt, daß vom Schuljahr 1929/30 an der gesamte Schulunterricht in ganz Südtirol ohne irgendwelche Ausnahme italienisch sein muß.

Ferner meldet der „Corriere della Sera“ umfassende Italienisierungsmaßnahmen aus dem piemontesischen Valle d'Aosta, dessen Regierungsregierung seit Jahrzehnten den französischen Sprachgebrauch auch in den amtlichen Urkunden benutzte hatte. So wird jetzt auch am Gemeindefest von Aosta die Pflicht, Botschaften „Bills“ durch den italienischen Ausdruck „Municipia“ ersetzt.

Blutige Arbeitslosen-Revolte in Moskau

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

west Moskau, 1. Juni

Arbeitslose Bauarbeiter, die von eurostria nach Moskau gekommen waren und seit mehreren Tagen vor der Arbeitslosigkeit vergeblich auf Arbeit warteten, revoltierten gegen die Mith, als sie wiederum mit Verstärkungen auf den nächsten Tag vorgeschickt wurden. Etwa 2000 Arbeitslose drangen auf die Mith vor und verlangten, daß mehrere Arbeiterführer auf die Mith kommen und sie mit ihnen sprechen. Als dann mehrere Mith anrückten, wurde der Arbeiterführer bei einem Sturz zum Tode ebenfalls schwer verletzt. Erst inzwischen beigewiesenen Vertretern des Moskauer Sowjets gelang es durch Versprechen an die Arbeitslosen, die Straße wieder herzustellen und die Menge zur Zustimmung der Straße vor der Bauarbeiterhöfe zu bewegen.

Die Dominions für den Kellogg-Ball

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

wash Dcst, 1. Juni

Der irische Freiheit und Ruhestaat haben dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß sie fern der Einleitung, an der Verhandlungen über den Antirüstvertrag teilzunehmen, Folge leisten. Die kanadische Antwort wird am Freitag erwartet.

Der italienisch-türkische Vertrag

g Mailand, 1. Juni

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Der italienisch-türkische Vertrag wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht und besagt in seinen wesentlichen Inhalt folgendes:

Artikel 1: Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, kein Unbehagen politischer oder wirtschaftlicher Natur und keiner gegen einen von ihnen gerichteten Verleumdung beizubringen.

Artikel 2: Wenn einer der Vertragspartner trotz seiner friedlichen Haltung von einer oder mehreren Mächten angegriffen wird, wird der andere Partner während der ganzen Dauer des Konflikts die Neutralität bewahren.

Artikel 3: Die Vertragspartner verpflichten sich, einen Vergleichsverfahren die Meinungsverschiedenheiten jeder Art zu unterbreiten, die zwischen ihnen entstehen könnten und nicht auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege beseitigt werden können. Im Falle eines Mißlingens des Vergleichsverfahrens wird eine gerichtliche Regelung anstrebt. Das beschlossene Protokoll bestimmt das Vergleichsverfahren und die gerichtliche Be-

teilung. Dieser Artikel ist nicht auf Fragen anwendbar, die auf Grund der zwischen den beiden Vertragspartnern in Kraft befindlichen Verträge der Substantiel der letzteren unterliegen. Er gilt auch nicht für die Fragen, die gemäß dem internationalen Recht das Souveränitätsrecht betreffen. Jeder der beiden Vertragspartner wird einseitig schriftlich bestimmen, ob eine Frage vom Souveränitätsrecht abhängt. Damit eine Frage gemäß den Bestimmungen des beiliegenden Protokolls einem Vergleichsverfahren unterbreiten werden kann, muß der Charakter gemäß den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages anerkannt sein. Der Schiedsverfahren wird nach den Grundsätzen des internationalen Rechts gefestigt.

Artikel 4: Die Verhandlungen, die bei Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages entstehen können, werden direkt auf die Frage hin zu klären Internationalen Gerichtshof im Haag unterbreitet.

Artikel 5: Der gegenwärtige Vertrag soll baldmöglichst ratifiziert werden und sofort nach dem in dem nächsten Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. Er wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen, vom Datum des Austausches der Ratifikationsurkunden an.

188,3

